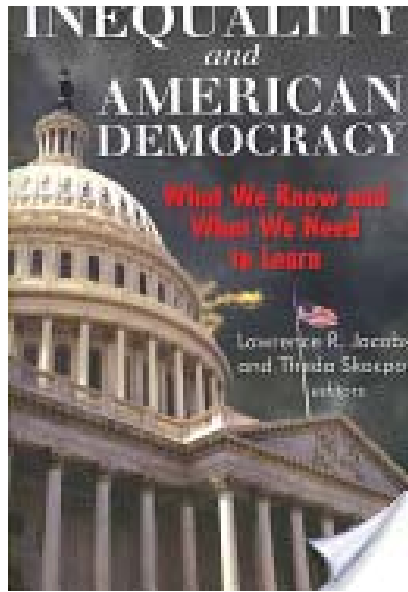


The winner takes it all? Zur sozialen Selektivität von Geschlechterpolitik im Humankapitalismus

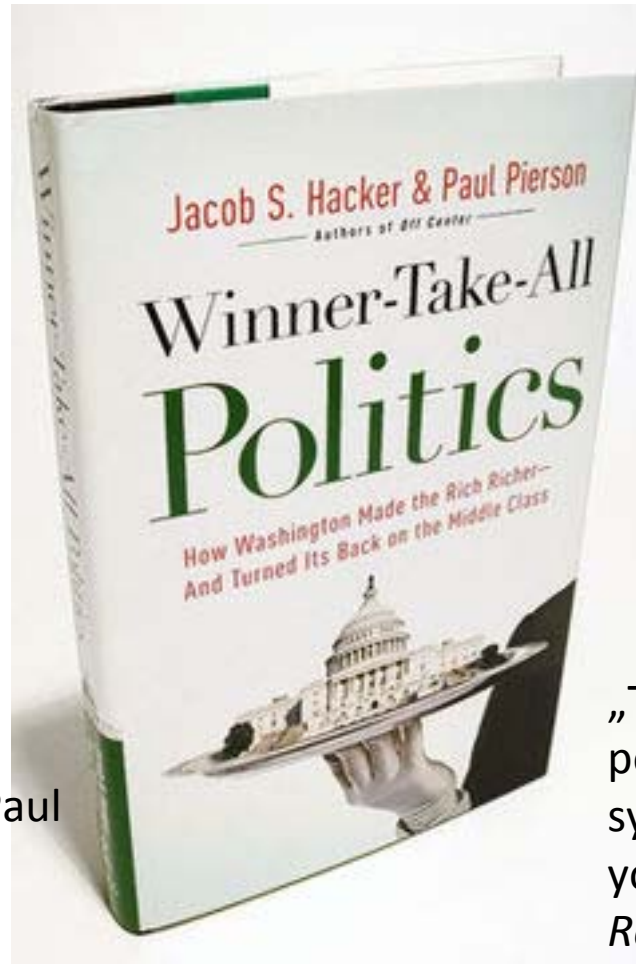
Prof. Dr. Annette Henninger
*Institut für Politikwissenschaft
Philipps-Universität Marburg*



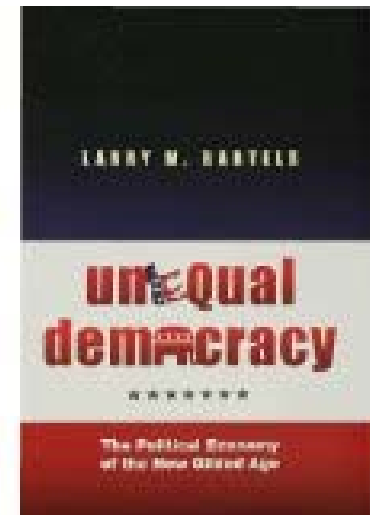


„Those who are wealthiest are most apt to participate; political leaders are most likely to follow the voice of those who participate.“ *Rezension zu Jacobs/Skocpol (ed), 2005*

„Seit Ronald Reagans Amts-Zeit wird das Vermögen der USA systematisch und massiv von unten nach oben umverteilt. Einen ‚dreißigjährigen Krieg‘ nennen das die US-Politologen Jacob Hacker und Paul Pierson ...“ *Rezension zu Hacker/Pierson 2010 in der SZ, 11.07.2011*



„Takeaway lesson? Don't be poor. If you are, expect the system to continuously screw you over.“
Rezension zu Bartels 2008



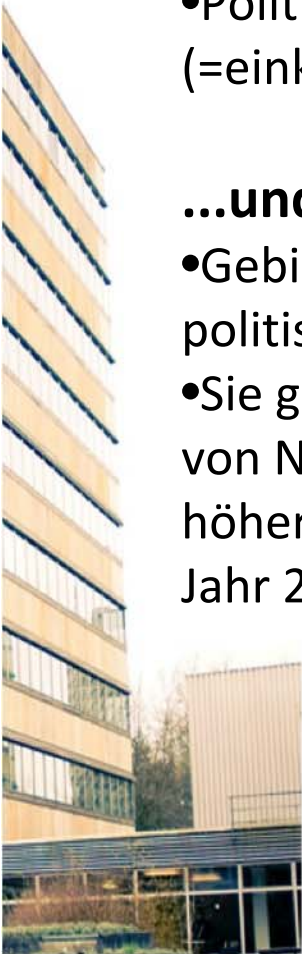
USA: The winner takes it all

US-Debatte: doppelte Selektivität politischer Partizipation und Repräsentation

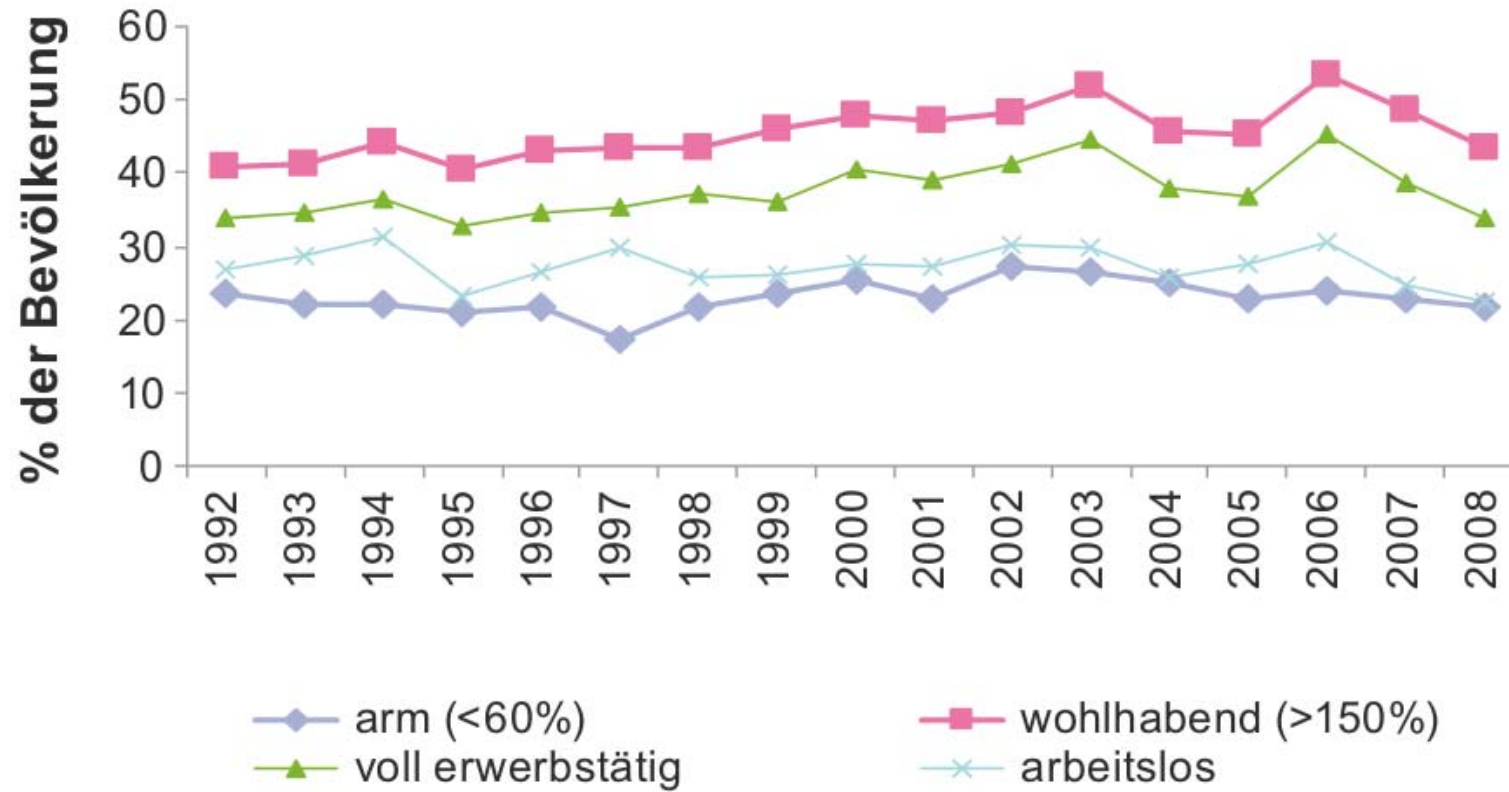
- BürgerInnen mit höherem Einkommen beteiligen sich häufiger
- PolitikerInnen machen Politik im Interesse artikulationsstarker (=einkommensstarker) Gruppen

...und in der BRD?

- Gebildete und Gutverdienende sind bei unkonventionellen Formen politischer Partizipation deutlich stärker vertreten
- Sie gehen auch zunehmend häufiger wählen: Während 1988 der Anteil von Nicht-WählerInnen in der niedrigsten Einkommensgruppe nur 2,9% höher war als in der höchsten Einkommensgruppe, betrug die Differenz im Jahr 2010 32% (Bödecker 2012, 34)

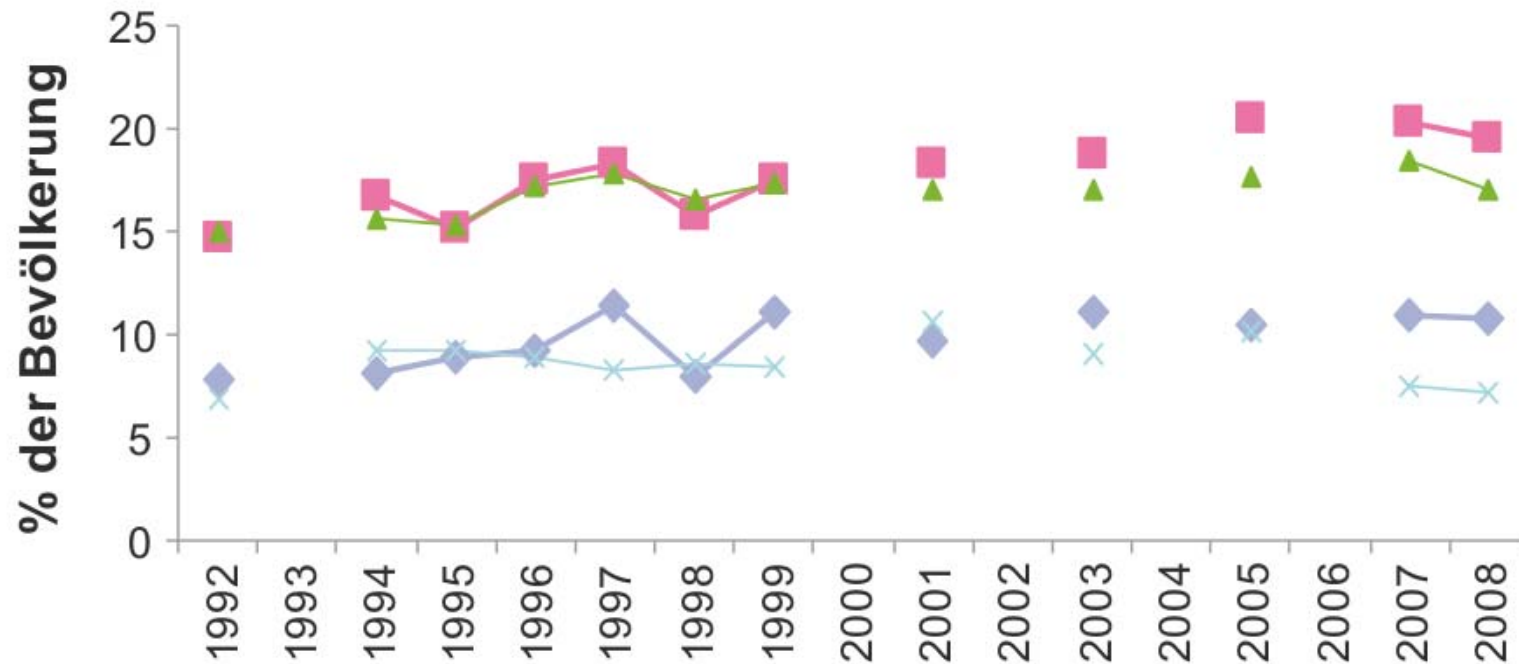


Politisches Interesse



Quelle: Böhnke, Petra, 2011: Ungleiche Verteilung politischer Partizipation.
In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 1-2/2011, 18-25.

Ehrenamtliches Engagement



Arm (<60% Median-Einkommen)

Vollerwerbstätig

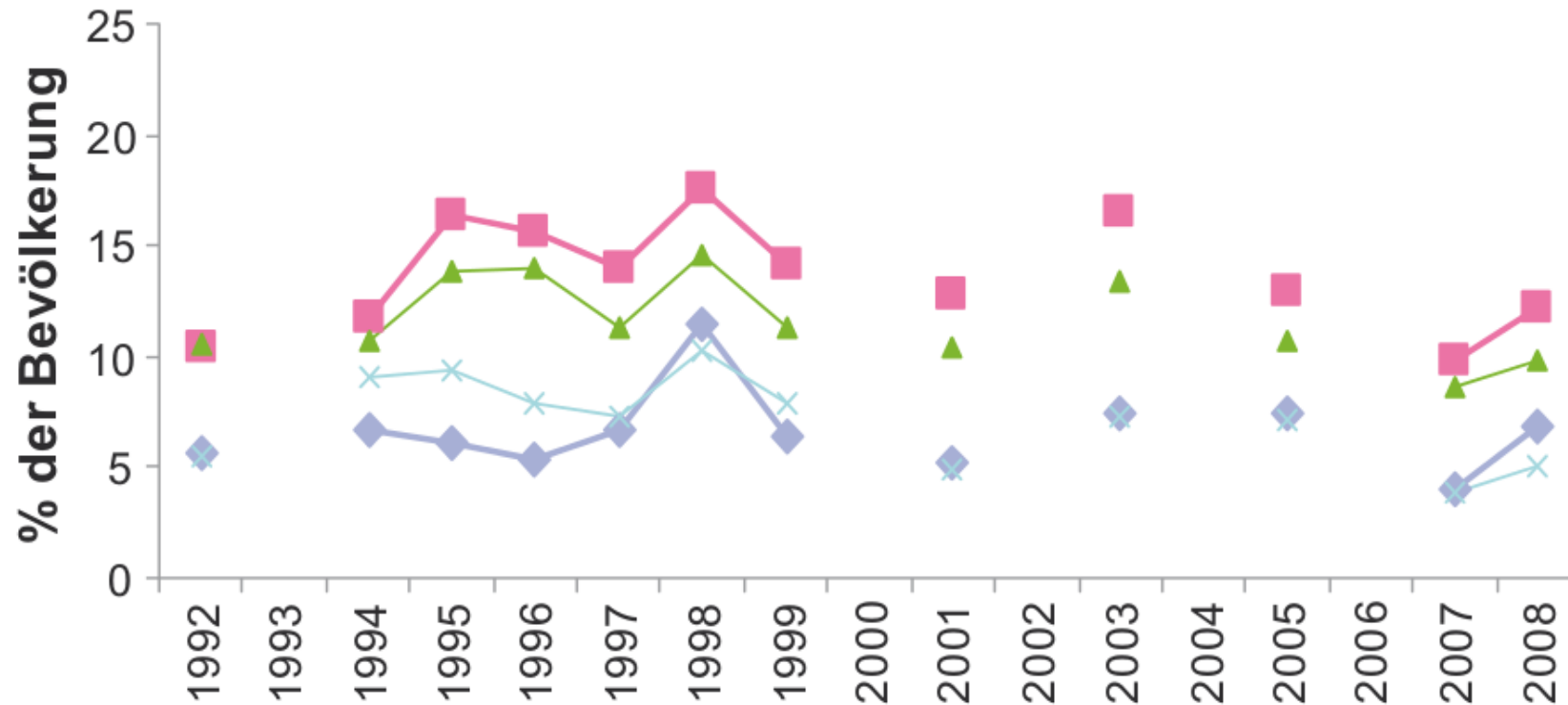
Wohlhabend (<60% Median-Einkommen)

arbeitslos

Quelle: Böhnke, Petra, 2011: Ungleiche Verteilung politischer Partizipation.

In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 1-2/2011, 18-25.

Politische Partizipation



Arm (<60% Median-Einkommen)
Vollzeiterwerbstätig

Wohlhabend (<60% Median-Einkommen)
arbeitslos

Quelle: Böhnke, Petra, 2011: Ungleiche Verteilung politischer Partizipation.
In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 1-2/2011, 18-25.

Übertragbarkeit auf Deutschland?

„Soziale Ungleichheit ... beschädigt das Ansehen der Demokratie und das Vertrauen in die Politik. Darüber hinaus wirkt sich ein Mangel an sozioökonomischen Ressourcen negativ auf konventionelle wie unkonventionelle politische Partizipation aus.“ (Schäfer 2010: 132)

„Wenn ... sich überwiegend die Angehörigen der gut ausgebildeten Mittelschichten engagieren, dann droht der Zusammenhang von politischer und sozialer Gleichheit aufgelöst zu werden. Insofern nämlich die Interessen und Bedürfnisse der sogenannten bildungsfernen Schichten in den politischen Prozess nur noch unzureichend eingespeist werden, es auf deren Stimme kaum noch ankommt, erfolgt eine Verengung der politischen Willensbildung.“ (Jörke 2011: 17)

Untersuchte Variablen: Einkommen, Bildung, Erwerbsstatus

➤ **Leerstelle: Geschlecht**



Konsequenzen für Geschlechterpolitik?

These: Politikerinnen vernachlässigen die Interessen von armen und einkommensschwachen Frauen (Henninger/von Wahl 2012)

Analyse der Presseberichterstattung zu 4 aktuellen Reform(debatten):
2 familienpolitische Reformen (Elterngeld, Betreuungsgeld)
2 arbeitsmarktpolitische Reformdebatten (Frauenquote, Mindestlohn)

3 führende CDU-Politikerinnen:

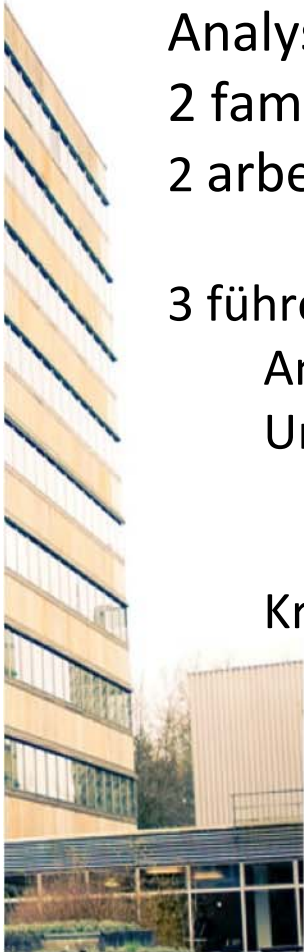
Angela Merkel (Bundeskanzlerin seit 2005)

Ursula von der Leyen

Familienministerin (2005-2009)

Arbeitsministerin (seit 2009)

Kristina Schröder (Familienministerin seit 2009)



Leitfragen für die Analyse der Reform(debatten)

- Wer hat das Thema auf die politische Agenda gesetzt, und wer hat die Reform unterstützt?
- Was waren die zentralen politischen Konfliktlinien während der Reformdebatte?
- Wie positionierten sich die drei CDU-Politikerinnen zu den Reformen?
- Welche Effekte auf soziale Ungleichheit sind von den Reformen zu erwarten?



| | |
|--|---|
| <p>1. Elterngeld</p> | <p>Seit 2007 67% of des vorherigen Netto-EK (min. 300 €/max. 1800 €) 12 Mo. für ein Elternteil + 2 Partnermonate; Alleinerziehende: 14 Monate</p> |
| <p>UnterstützerInnen:</p> | <p>Ursprünglich Reform-Projekt der Rot-Grünen Regierung; Übernahme durch die CDU</p> |
| <p>Zentrale politische Konflikte:</p> | <p>Politische Unterstützung des männlichen Ernährermodells</p> <p style="text-align: center;">Versus</p> <p>Modernisierung, Demographie, Interessen weiblicher Wählerinnen</p> |
| <p>Unterstützung durch CDU-Politikerinnen?</p> | <p>Merkel: ja von der Leyen: ja Schroeder</p> |
| <p>Stratifizierungseffekt:</p> | <p>Ausweitung des Kreises der Anspruchsberechtigten auf die Mittelschicht; Ausschluss von ALGII-EmpfängerInnen</p> |

| | |
|---|---|
| 2. Betreuungsgeld | Ab 1.8.2013 100 €/Mo., ab 1.8.2014 150 € Unterstützung für Eltern, die 13-36 Monate alte Kleinkinder zuhause betreuen |
| UnterstützerInnen: | CSU ; Konservative innerhalb der CDU |
| Zentrale politische Konflikte: | Politische Unterstützung des männlichen Ernährermodells versus Modernisierung, Demographie, Interessen weiblicher Wählerinnen Fraktionsübergreifende Kritik von Parlamentarierin- nen; Ablehnung in Meinungsumfragen |
| Unterstützung durch CDU- Politikerinnen? | Merkel: ja Leyen: nein Schroeder: ja |
| Stratifizierungseffekt: | Ausschluss von ALGII-EmpfängerInnen + Auf- stockerInnen (Ausnahme: Bildungssparen) -> nur für Familien mit einem HH-EK > 1500 € |

| | |
|---|--|
| 3. Quotierung von Führungspositionen | Laufende Reformdebatte Vorschlag Bundesrat: 40% |
| UnterstützerInnen: | progressiver Flügel der CDU; CDU-Regierungen Saarland, Sachsen-Anhalt Oppositionsparteien |
| Zentrale politische Konflikte: | CDU-Frauen versus Arbeitgeberverbände, konservativer Flügel der CDU, FDP |
| Unterstützung durch CDU-Politikerinnen? | Merkel: nein -> ja Leyen: feste Quote Schroeder: nur Flexi-Quote |
| Stratifizierungseffekt: | Unterstützt Karriereaspirationen hoch qualifizierter Frauen |

Mindestlöhne in Deutschland

Ab Januar 2012 in
Euro pro Stunde (Auswahl)

| | West (mit Berlin) | Ost (ohne Berlin) |
|--|--------------------------------|------------------------------|
| Abfallwirtschaft | 8,33 Euro | 8,33 |
| Bauhauptgewerbe | 11,05 oder 13,40 ^{1*} | 10,00 |
| Dachdecker | 11,00 | 11,00 |
| Elektrohandwerk | 9,80 ¹ | 8,65 ² |
| Gebäudereinigung | 8,82 | 7,33 |
| Maler und Lackierer | | |
| Ungelernte | 9,75 | 9,75 |
| Gelernte, Gesellen | 11,75 | |
| Pflegebranche | 8,75 | 7,75 |
| Wach- und Sicherheits- gewerbe | 6,53 bis 8,60 ^{1**} | 6,53 bis 8,60 ^{2**} |
| Wäschereidienstleistungen (gewerbl. Kunden) | 7,80 ¹ | 6,75 ² |
| Zeitarbeiter^{***} | 7,89 | 7,01 ² |

¹West ohne Berlin

²Ost mit Berlin

* je nach Arbeit und Kenntnissen

** je nach Bundesland

*** erforderliche Rechtsverordnung
noch nicht erlassen

Quelle: Arbeitsministerium

dpa • 15598

Niedrigste Einkommen in ausgewählten Berufen

| | Stundenlohn | Bruttolohn |
|---------------------|-------------|------------|
| Frisörin | 2,75 € | 462 € |
| Floristin | 4,35 € | 773 € |
| Call Center Agentin | 5,11 € | 858 € |
| Arzthelferin | 6,43 € | 1.113 € |

Quelle: <http://frauen.verdi.de/themen/tarifpolitik/mindestlohn>

| | |
|---|---|
| 4. Mindestlohn | Laufende Reformdebatte |
| UnterstützerInnen: | Arbeitnehmerflügel der CDU Gewerkschaften, Oppositionsparteien |
| Zentrale politische Konflikte: | ArbeitnehmerInnen versus Arbeitgeberverbände, FDP |
| Unterstützung durch CDU-Politikerinnen? | Merkel: ja Leyen: ja Schroeder: ? |
| Stratifizierungseffekt: | Könnte Stratifizierung verringern |

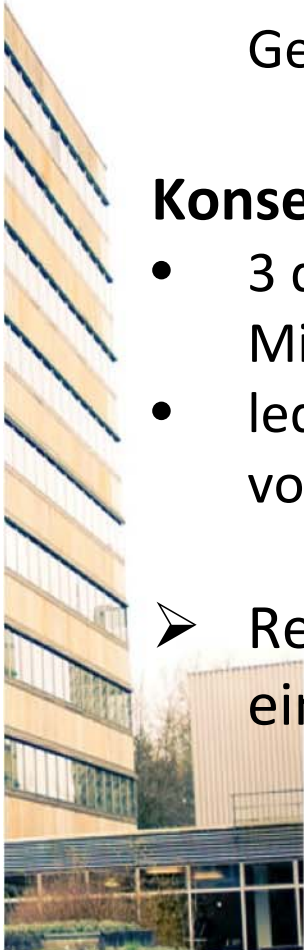
| Politikfeld Reform(debatte) | Familienpolitik | Arbeitsmarktpolitik |
|--------------------------------------|-----------------------------------|---|
| Elterngeld | <i>De-Familiarisierung</i> | |
| Betreuungsgeld | <i>Re-Familiarisierung</i> | |
| Quotierung von Führungspositionen | | <i>Gleichstellung im hoch qualifizierten Arbeitsmarktsegment</i> |
| Mindestlohn | | <i>Reduzierung von Stratifizierung</i> |
| Reformwirkung | -> widersprüchlich | -> komplementär |

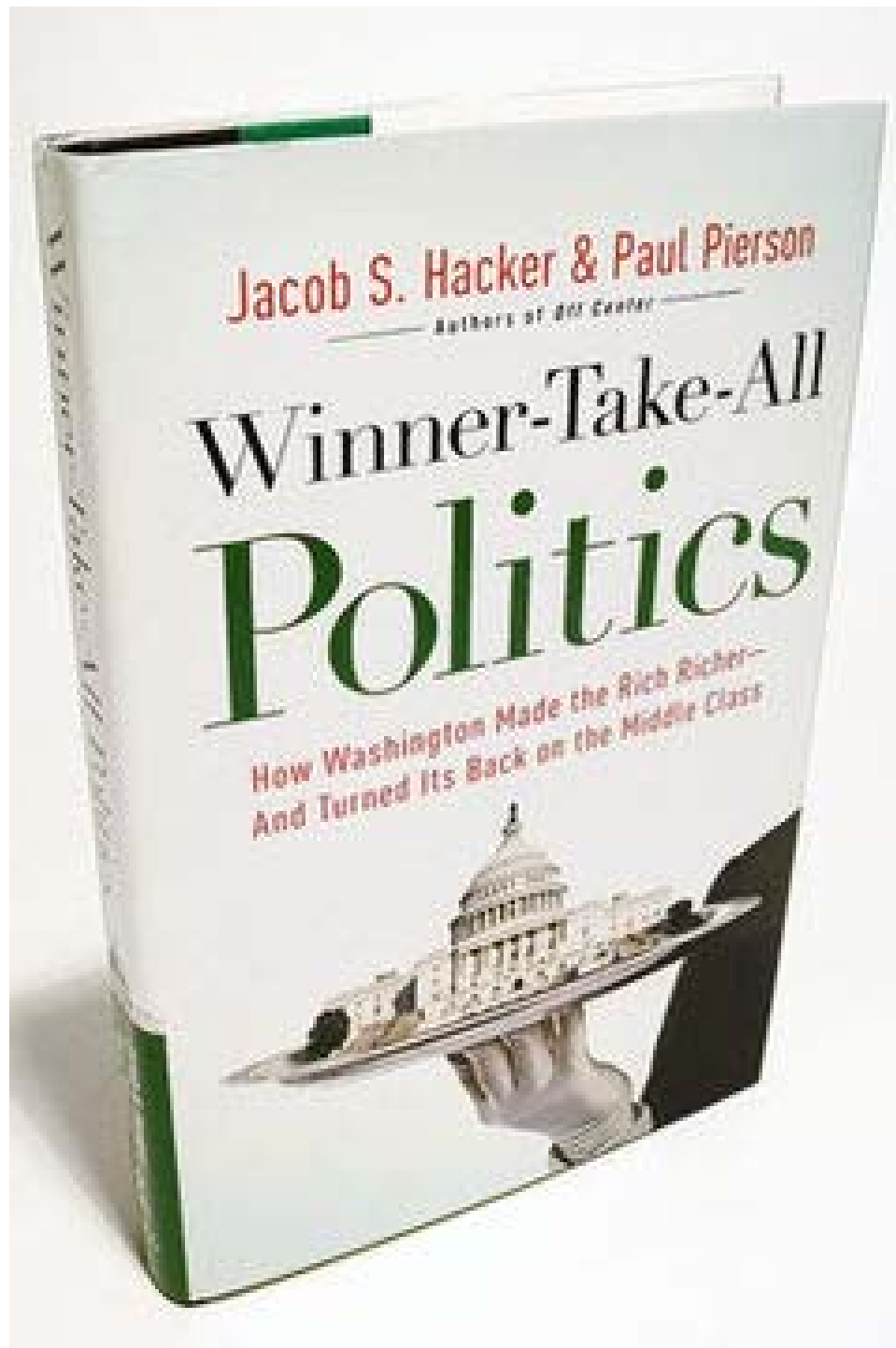
Fazit: The winner takes it all?

- Auch in der BRD beteiligen sich BürgerInnen mit höherem Einkommen, höherer Bildung und besserer Erwerbsintegration häufiger
- Leerstelle der Forschung: Verschränkung dieser Variablen mit Geschlecht

Konsequenzen für Geschlechterpolitik?

- 3 der 4 untersuchten Reformen begünstigen die Interessen der Mittelschicht bzw. von hoch qualifizierten Frauen
 - lediglich die Einführung eines Mindestlohns könnte die Situation von Geringverdienerinnen verbessern
- Reformpolitik vernachlässigt die Interessen von armen und einkommensschwachen Frauen





**Wir brauchen
geschelchtersensible
Analysen von
Winner-take-All-Politics!**